

Kolloquium „Perspektiven der Partnerschaften und Bündnisse“

mit der Bundesministerin der Verteidigung,
Dr. Ursula von der Leyen

Dienstag, 28. April 2015, 17h30-19h00, Concert Noble, Brüssel

Im Rahmen des durch das Bundesministerium der Verteidigung durchgeführten Konsultationsprozesses zum deutschen *Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr* führte das Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung am 28. April 2015 in Brüssel einen Expertenworkshop mit anschließendem öffentlichem Kolloquium zum Thema „Perspektiven der Partnerschaften und Bündnisse“ durch. Am Expertenworkshop (unter Chatham-House-Regeln) nahmen die Bundesministerin der Verteidigung, Dr. Ursula von der Leyen, Vertreter aus verschiedenen deutschen Ministerien, Beamte aus NATO, EU, Experten, Journalisten und zivilgesellschaftliche Vertreter aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den USA teil. Beim anschließenden öffentlichen Kolloquium erörtern rund 120 Teilnehmer aus der sicherheitspolitischen Community in Brüssel die Ergebnisse des Workshops.

Im Rahmen Ihrer Eröffnungsrede betonte die **Bundesministerin der Verteidigung, Dr. Ursula von der Leyen**, dass das sicherheitspolitische Weißbuch zwar ein nationales Dokument sei, aber einen sehr internationalen Charakter haben werde. In diesem Kontext bekräftigte sie die Bereitschaft Deutschlands, eine aktivere Rolle sowohl in der NATO als auch in den sicherheitspolitischen Strukturen der EU wahrzunehmen. Die Ministerin hob u.a. hervor, dass Deutschland die Umsetzung der Beschlüsse des Gipfels von Cardiff vorantreiben wolle. Die NATO müsse sich jedoch weiter modernisieren, hier sprach die Bundesministerin insbesondere die Abwehrfähigkeit im Cyber-Bereich sowie die Notwendigkeit strategischer Kommunikation an.

Gleichzeitig warb von der Leyen für eine Stärkung des sicherheitspolitischen Profils der EU: Europa müsse sich langfristig in Richtung einer europäischen Verteidigungsunion entwickeln. Notwendig dafür sei eine raschere Umsetzung der im Rahmen des Gipfels der Staats- und Regierungschefs im Dezember 2013 beschlossenen Maßnahmen. Zudem gelte es die im Lissabon-Vertrag hinterlegten Instrumentarien, etwa die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit, stärker zu nutzen. Ferner solle die Verflechtungen der deutschen Streitkräfte in bi- und multilateralen Szenarien vorangebracht werden. Eine solche europäische Verteidigungsunion dürfe allerdings nicht zur Duplikation von Strukturen oder Instrumenten der NATO führen. Daher sei ein deutlich strukturierter Dialog zwischen EU und NATO vonnöten. Abschließend bekräftigte die Ministerin die Bereitschaft Deutschlands zum „Führen aus der Mitte“. Dies bedeute im Kern partnerschaftliches Denken und Agieren, aber auch die Bereitschaft, wenn nötig zu kämpfen.

Anschließend fassten die Moderatoren des Expertenworkshops die wichtigsten Erkenntnisse ihrer jeweiligen Sitzungen zusammen:

1. Die Entwicklung internationaler Bündnisse und Organisationen und ihre sicherheitspolitische Bedeutung für Deutschland

Jürgen Schulz (stellvertretender politischer Direktor im Auswärtigen Amt), betonte, dass die NATO sich zurzeit in einem Änderungs- und Anpassungsprozess befinde, der noch nicht abgeschlossen sei. Trotz der verstärkten Fokussierung auf kollektive Verteidigung dürfe die Allianz - so der Konsens während des Workshops - kri-

28. April 2015

senmanagementmaßnahmen nicht vernachlässigen. Mit Hinblick auf die aktuellen Diskussionen über eine europäische Armee gebe es Bedarf nach einer klareren Definition, was unter diesem Begriff zu verstehen sei. Eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen EU und NATO – so die einhellige Meinung der Experten – sei angesichts der Vielzahl der Bedrohungen wichtiger denn je; auf viele der bestehenden Herausforderungen könnten beide Organisationen nur gemeinsam eine Antwort finden.

2. Deutsche Rolle und Interessen in internationalen Bündnissen und Organisationen sowie in bi- und multilateralen Partnerschaften

Dr. Gerhard Wahlers (stellvertretender Generalsekretär der KAS) hob hervor, dass insbesondere die nicht-deutschen Teilnehmer während des Workshops Deutschland dazu ermunterten, deutsche Interessen im Weißbuch klar zu definieren: Dies seien die Landesverteidigung, die Sicherheit der internationalen Partner Deutschlands, wirtschaftliche Interessen ebenso wie Stabilität in der unmittelbaren Nachbarschaft. Deutschland – so der Konsens der Teilnehmer – habe ein hohes Interesse daran, in internationalen Institutionen zusammenzuarbeiten und dort Entscheidungsprozesse mitzubestimmen. Damit werde zum einen verhindert, dass sich die Diskussionen und Ziele internationaler Institutionen (NATO, EU, UN, OSZE, etc.) gegen deutsche Interessen wenden. Zum anderen signalisiere Deutschland auf diese Weise seinen internationalen Partnern die Bereitschaft zu einer engen Abstimmung und Kooperation. Die Diskussionen hätten gleichzeitig deutlich gemacht, dass aus deutscher Sicht die Legitimität sicherheitspolitisches Handelns auch aus einer Einbettung in internationalen Institutionen abgeleitet wird.

Konsens gebe es darüber, dass ein starkes transatlantisches Verhältnis, auch im eigenen Interesse Deutschlands liege. Gleichzeitig sei deutlich geworden, dass die Vereinigten Staaten sich vermehrt auf Herausforderungen konzentrieren werden, die geographisch nicht in Europa lägen. Damit wachse die Verantwortung für Deutschland und Eu-

ropa innerhalb des transatlantischen Bündnisses.

Intensiv sei auch das Thema sogenannter „neuer Koalitionen“ diskutiert worden: Nicht nur angesichts neuer Bedrohungen, sondern auch aufgrund der jeweils unterschiedlichen Betroffenheit durch diese, gebe es einen verstärkten Bedarf, interessengeleitete Ad-hoc-Allianzen zu bilden. Im Rahmen der Sitzung hätten einige Teilnehmer dafür plädiert, diesen Ad-hoc-Bündnissen den gleichen Grad an Legitimität zu erteilen wie etablierten Koalitionen.

3. Einsätze der Zukunft: Zwischen high-intensity und Ertüchtigung – Erwartungen an Deutschland

Camille Grand (Direktor der Fondation pour la Recherche Stratégique) verwies auf das schwierige Sicherheitsumfeld Deutschlands und Europas. Aus einem Ring des Friedens in der europäischen Nachbarschaft sei mittlerweile ein Ring der Krisen geworden. Im Rahmen des Expertenworkshops sei deutlich geworden, dass diese sicherheitspolitischen Herausforderungen und Konflikte sehr unterschiedlicher Natur seien und mithin auch andere Instrumente zur Bewältigung bedürfen. Ferner habe sich die Schwierigkeit herauskristallisiert, klare Kriterien zu formulieren, wann ein militärischer Einsatz angemessen sei oder nicht.

Ausführlich sei im Rahmen der Sitzung die Unterstützung der deutschen Öffentlichkeit für künftige Militäreinsätze diskutiert worden. Dabei habe es allerdings unterschiedliche Ansichten gegeben: sollte diesbezüglich eher wertebunden argumentiert oder konkret auf deutsche Interessen verwiesen werden. Grand betonte in diesem Kontext, dass die meisten Einsätze sowohl wertebegründet als auch interessengeleitet begründet werden könnten. Dabei bestehe zwischen beiden Logiken nicht notwendigerweise ein Widerspruch. Mehrere Experten hatten während des Workshops betont, dass sich Deutschland gleichermaßen für seine südliche wie für seine östliche Nachbarschaft interessieren und in beiden Debatten eine Rolle spielen müsse.

Für Deutschland ergebe sich daraus die Herausforderung ein breites Spektrum an

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

28. April 2015

Missionen abzudecken, das sowohl Ausbildungsmissionen, friedenserhaltende, aber auch robuste Einsätze beinhalten müsse. Dies werde haushaltstechnische Auswirkungen zur Folge haben. Einige der notwendigen Kapazitäten könnten allerdings mit Unterstützung der internationalen Partner bereitgestellt werden.

Abschließend fasste Grand die Erwartungen der internationalen Partner an Deutschland zusammen: In den vergangenen Jahren sei vor allem bekannt gewesen, was Deutschland nicht wolle. Das Weißbuch solle nun hingegen deutsche Interessen und die Bereitschaft zu internationalem Engagement klar herausarbeiten.

Gisela Manderla (Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestags), bekräftigte, dass die Forderungen nach einer stärkeren Rolle Deutschlands berechtigt seien: Deutschland könne aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen jedoch nicht alleine bewältigen. Manderla gab zu bedenken, dass mit politischen Maßnahmen, etwa Entwicklungshilfe, Konflikte verhindert werden könnten, bevor ein militärisches Eingreifen notwendig werde. Darüber hinaus hob sie die durch neue Sicherheitsrisiken entstehenden Herausforderungen hervor: Cybersicherheit würden in Berlin noch zu wenig diskutiert und sollte mehr in den Fokus rücken. Abschließend betonte sie die Notwendigkeit eines engen Dialogs mit der Öffentlichkeit zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen.